

Beschluss Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die Geschichtsbücher verbannen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Seit 16. September hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser an allen
2 bundesdeutschen Grenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Sie wurden mit
3 den Terroranschlägen von Mannheim und Solingen und der Asylantragslage
4 begründet. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete diese Maßnahme als "kleinen
5 Baustein einer ganz großen Mauer". Ein vielsagender Satz, den er später
6 zurücknahm.

7 Wir stehen zu der Verantwortung, sicherheitspolitische Antworten auf Bedrohungen
8 wie islamistische Terroranschläge oder grenzüberschreitende Kriminalität zu
9 finden. Die politischen Antworten müssen jedoch wirksam, angemessen und
10 rechtskonform sein. Dazu zählen eine bessere Ausstattung von Sicherheitsbehörden
11 und verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenso, wie das Vorgehen
12 gegen Radikalisierung - auch im Netz.

13 Durch die dauerhafte Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen aber droht
14 nachhaltiger Schaden für die europäische Freizügigkeit. Deswegen setzen wir uns
15 gegen diese Entwicklung ein. Stationäre Binnengrenzkontrollen dürfen kein
16 Dauerzustand werden.

17 Das Streben nach einem geeinten Europa der Freizügigkeit und gelebten
18 Nachbarschaft ist die Grundlage für Wohlstand und Frieden in unserem Land. Es
19 ist das, wofür wir mit ganzer Kraft einstehen, denn es zählt zu den Grundfesten
20 unserer bündnisgrünen Politik und Überzeugung. Gerade in Deutschland, im Herzen
21 Europas, ist das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen -
22 besonders in den Grenzregionen. Der offene, europäische Binnenmarkt ist ein
23 Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dass sich Menschen ganz selbstverständlich
24 grenzübergreifend bewegen können, um zur Arbeit zu gehen, einzukaufen oder
25 Freunde zu treffen, ist die Errungenschaft eines jahrzehntelangen europäischen
26 Einigungsprozesses.

27 Wir wollen nicht dabei zuschauen, wenn Stück für Stück die Steine aus dem
28 Fundament von Wohlstand und Freiheit gerissen werden.

29 Wir kritisieren, dass die Bundesinnenministerin ohne Absprache mit den EU-
30 Partnern oder der EU Kommission zu solchen Maßnahmen gegriffen hat. Oft wird
31 fälschlicherweise behauptet, dass durch stationäre Binnengrenzkontrollen die
32 Asylantragstellung verhindert werden kann.

33 Fakt ist, dass Asylsuchende durch Grenzkontrollen gar nicht abgehalten werden
34 und werden dürfen. An jeder Grenzkontrolle kann Asyl beantragt werden. Das ist
35 eine völkerrechtliche Pflicht und gehört zu den Grundlagen eines Rechtsstaats
36 und des Europarechts. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall und
37 ist unverletzlich. Doch zu viele politische Akteure wecken falsche Erwartungen
38 in der Bevölkerung, statt zu erklären und realistische Maßnahmen vorzuschlagen.

39 Gleichzeitig sind von solchen Grenzkontrollen besonders migrantisch gelesene
40 Personen betroffen. Dabei ist Racial Profiling rechtswidrig und diskriminierend,
41 weshalb wir uns dem entgegenstellen - an den Grenzen und im ganzen Land.
42 Außerdem setzen wir uns politisch für Fortbildung und Maßnahmen wie Ticket-
43 Systeme ein, um Gründe für Kontrollen nachvollziehen zu können.

44 Wir lehnen dauerhafte stationäre Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen ab. Sie
45 schränken nicht nur die Freizügigkeit, sondern das Miteinander und den Alltag
46 der Menschen in den Grenzregionen ein. Wir teilen die Sorge von Unternehmen um
47 wirtschaftliche Nachteile und erhebliche Kosten durch Verzögerungen in der
48 Lieferkette. Die Gewerkschaft der Polizei weist zurecht immer wieder darauf hin,
49 dass die stationären Grenzkontrollen massiv zu Lasten der eingesetzten
50 Beamt*innen gehen und diese letztlich eine geringe Wirkung haben. Gleichzeitig
51 fehlen die an den Grenzen eingesetzten Polizeibeamt*innen an anderer Stelle, wie
52 zum Beispiel an Bahnhöfen. Wenn Polizeibeamte in ineffektiven Maßnahmen gebunden
53 sind, statt effektiv eingesetzt zu werden, verschlechtern stationäre
54 Grenzkontrollen die Sicherheitslage in Deutschland.

55 Innereuropäische Grenzkontrollen sind nur in besonderen Ausnahmefällen
56 europarechtskonform und aus gutem Grund immer zeitlich begrenzt. Dauerhafte,
57 stationäre Grenzkontrollen bergen die Gefahr eines Dominoeffekts in Europa und
58 damit einer Erosion des Schengenraums und des Europarechts. Stattdessen sollte
59 auf alternative Maßnahmen wie mobile Kontrollen im Hinterland oder eine bessere
60 grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zum Beispiel über die gemeinsamen Zentren
61 der Polizei in den Grenzregionen, gesetzt werden. Zeitlich begrenzte Kontrollen,
62 zum Beispiel im Rahmen von Sportgroßereignissen, können zudem wirksam sein, etwa
63 um Gewalttäter zu identifizieren.

64 Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und
65 Nachrichtendiensten wollen wir unter Wahrung des Trennungsgebots eine starke
66 europäische Antwort auf die grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität
67 und Terrorismus geben. Wir GRÜNE schlagen deshalb beispielsweise die Gründung
68 einer Europäischen Nachrichtendienstagentur vor und die von uns seit Jahren
69 geforderte europäische Gefährderdatei darf nicht weiter verzögert werden.

70 Sicherheitspolitische Maßnahmen müssen immer sorgfältig abgewogen werden.
71 Menschen- und Bürgerrechten sind ein hohes Gut und müssen geschützt werden.
72 Sicherheitspolitische Maßnahmen sollten möglichst auch präventiv wirken -
73 Vorsorge ist besser als Nachsorge.

74 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht
75 kontrollierte Außengrenzen. Es wäre deswegen an der Zeit, endlich den Druck auf
76 diejenigen Mitgliedstaaten zu erhöhen, die Geflüchtete nicht systematisch
77 rechtsstaatlich kontrollieren. Es ist unerträglich, dass einige EU-Staaten
78 inzwischen systematisch auf illegale Pushbacks und Gewalt setzen.
79 Europarecht muss immer und überall gelten. Die zuständigen Mitgliedstaaten sind
80 zu einer systematischen und rechtsstaatlichen Registrierung der Schutzsuchenden
81 verpflichtet, die nach rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Regeln zu
82 garantieren sind. Eine Verteilung in Europa muss nach gerechten Kriterien
83 erfüllt sein. Dass Zurückweisungen von Schutzsuchenden an der Grenze nun auch in
84 Deutschland diskutiert werden, ist der völlig falsche Weg. Rechtsbrüche durch
85 EU-Staaten führen eben nicht zu einem besser organisierten Asylsystem, sondern

86 zu Chaos und Leid. Es ist nicht hinnehmbar, dass an Europas Grenzen permanent
87 europäische Werte und europäisches Recht verletzt werden.

88 Das wollen wir beenden. Vertragsverletzungsverfahren würden dazu beitragen,
89 diesen Druck zu erhöhen und Rechtsbrüche der EU-Staaten zu sanktionieren.
90 Europäische Zusammenarbeit bedeutet aber auch, dass eine solidarische
91 innereuropäische Verteilung von Geflüchteten und Verantwortung sichergestellt
92 wird. Deswegen ist es wichtig, dass auch die Bundesregierung sich an der
93 solidarischen Verteilung beteiligt. Das Ziel muss eine gerechte Verteilung von
94 Schutzsuchenden in Europa sein.

95 Es muss einfacher werden, nationale Behörden oder EU-Agenturen wie Frontex für
96 Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, beispielsweise durch eine eigene
97 Haftungsgrundlage. Opfer solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den
98 Außengrenzen, brauchen juristische Unterstützung.

99 Der Vorschlag von Friedrich Merz, Menschen aus Syrien und Afghanistan
100 systematisch zurückzuweisen, ist europarechtswidrig. Statt echte Lösungen für
101 die Herausforderungen bei der Aufnahme und Versorgung Asylsuchender zu suchen
102 und diese umzusetzen, werden immer steilere Forderungen aufgestellt, die
103 liberale Demokratien schnell gar nicht mehr erfüllen können. Damit treibt die
104 Debatte Erwartungen voran, die nur die Feinde der Demokratie einlösen können.

105 Die Union gefährdet damit auch ihr eigenes europapolitisches Erbe. Wir GRÜNE
106 machen dagegen Politik in Verantwortung für Europa!